



## Jahresbericht 2002





# Impressum

---

Deutsches Institut für Menschenrechte  
German Institute for Human Rights  
Zimmerstr. 26/27  
D- 10969 Berlin  
Phone (+49) (0)30 – 259 359 0  
Fax (+49) (0)30 – 259 359 59  
[info@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:info@institut-fuer-menschenrechte.de)  
[www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)

Gestaltung:  
**iserundschmidt**  
Kreativagentur für PublicRelations GmbH  
Bad Honnef – Berlin

August 2003



---

# Jahresbericht 2002



Deutsches Institut  
für Menschenrechte

# Inhalt

---

<b>1. Leitung und Personal</b> . . . . .	<b>6</b>		
<b>2. Aufbau des Instituts</b> . . . . .	<b>8</b>		
2.1 Räumlichkeiten . . . . .	8		
2.2 Finanzen . . . . .	8		
2.3 Bibliothek und Dokumentation . . . . .	8		
2.4 Medien und Öffentlichkeitsarbeit . . . . .	10		
<b>3. Entwicklung eines Menschenrechtsprogramms</b> . 12			
3.1 Regionale und internationale Menschenrechtsverträge und –mechanismen . . . . .	12		
■ Deutschlands Verpflichtungen zur Berichterstattung gegenüber den Vereinten Nationen . . . . .	14		
■ Deutschlands Verpflichtungen gegenüber vier europäischen Menschenrechtsmechanismen . . . . .	14		
■ Das Europäische Menschenrechtssystem . . . . .	14		
■ Rassismus und Diskriminierung . . . . .	14		
■ UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 . . . . .	16		
■ Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) . . . . .	16		
■ Seminar zu Vorbehalten zu Menschenrechtsabkommen . . . . .	16		
3.2 Sicherheit, Frieden, Entwicklung und Menschenrechte . . . . .	16		
■ Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte . . . . .	16		
■ Sicherheit, peacekeeping und Menschenrechte . . . . .	18		
3.3 Strategien nationaler und internationaler Menschenrechtspolitik . . . . .	18		
■ Menschenrechtsdialog mit Ländern des Mittleren Ostens/der Islamischen Welt . . . . .	18		
■ Auswertung bestehender Menschenrechtsmechanismen . . . . .	18		
■ Nationale Menschenrechtsinstitutionen als Instrument der Förderung der Menschenrechte . . . . .	20		
3.4 Menschenrechtsbildung . . . . .	20		
3.5 Jahresabschluss 2002 . . . . .	22		
<b>Anhang: Mitglieder des Kuratoriums</b> . . . . .	<b>23</b>		

# Overview

---

1. Leadership and Human Resources . . . . .	7	3.2 Security, Peace, Development and Human Rights: . . . . .	17
2. Building a Human Rights Institute: . . . . .	9	■ Counter-Terrorism Measures and Human Rights . . . . .	17
2.1 Premises . . . . .	9	■ Security, Peacekeeping and Human Rights . . . . .	17
2.2 Finance . . . . .	9	3.3 Strategies of national and international human rights work: . . . . .	19
2.3 Library and documentation . . . . .	11	■ Human Rights Dialogue with Middle Eastern Countries/Islamic World . . . . .	19
2.4 Media/Public Relations . . . . .	11	■ Evaluation of existing mechanisms . . . . .	19
3. Building a Human Rights Programme: . . . . .	13	■ National Human Rights Institutions as Instruments for the Promotion of Human Rights . . . . .	21
3.1 Regional and International Human Rights Treaties and Mechanisms: . . . . .	13	3.4 Human Rights Education . . . . .	21
■ Germany's reporting obligations towards the United Nations . . . . .	13		
■ Germany's reporting obligations towards four European human rights mechanisms . . . . .	13		
■ European Human Rights System . . . . .	15		
■ Racism and Discrimination . . . . .	15		
■ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights . . . . .	15		
■ Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) . . . . .	17		
■ Reservations . . . . .	17		
		<b>Annex: Members of the Kuratorium as of December 31, 2002 . . . . .</b>	<b>23</b>

# 1. Leitung und Personal

---



Das Deutsche Institut für Menschenrechte, gegründet im März 2001, ist 2002 zu einer funktionierenden Menschenrechtsinstitution, einem Forschungsinstitut und einer Informationsstelle für Menschenrechte in Deutschland ausgebaut worden. Die Schritte hierzu sollen mit diesem Bericht dargestellt werden.

Das Kuratorium des Instituts hat 2002 im Rahmen von vier Sitzungen wichtige Entscheidungen über Fragen der Institutsleitung, der strategischen und finanziellen Planung und der Ausrichtung getroffen.

Am 15. Mai 2002 bestellte das Kuratorium Percy MacLean, vormals Vorsitzender Richter beim Verwaltungsgericht Berlin, zum Direktor des Instituts. Er nahm seine Aufgabe im August 2002 auf. Am 17. Januar 2003 trat er zurück. Die Position wurde mit Dr. Heiner Bielefeldt auf den 1. August 2003 wieder besetzt. Für die Zwischenzeit bestellte das Kuratorium eine ihrer beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Barbara Unmüßig, zur kommissarischen Vorsitzenden des Instituts auf ehrenamtlicher Basis. Während die stellvertretende Direktorin des Instituts, Frauke Seidensticker, bereits im Oktober 2001 ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurden weitere Stellen erst Mitte 2002 besetzt. Bis dahin wurde die stellvertretende Direktorin von einem wissenschaftlichen Berater und von Verwaltungskräften mit befristeten Verträgen unterstützt. Ende 2002 hatte das Institut fünf Festangestellte. Eine Reihe von Forschungsprojekten wurde von Akademiker/innen im Werkvertrag durchgeführt. Im Laufe des Jahres 2003 wird das Stellenprofil, das das Institut bei Abschluss der Aufbauphase im Jahr 2005 haben soll, mit den finanzierenden Bundesministerien geklärt. Das Institut bietet Praktika an.

# 1. Leadership and Human Resources

---

In 2002, the German Institute for Human Rights, founded in March 2001, undertook some major steps in the direction of a functioning human rights institution, a valuable research institute and a service point for information on human rights in Germany in 2002. This report provides an overview of the important developments.

The governing board of the Institute met four times in 2002 to decide on a range of issues: leadership questions, strategic and financial planning and policy matters were discussed.

On May 15th, 2002, the governing board appointed Percy MacLean, formerly presiding judge at the Administrative Court of Berlin, as director of the Institute. He assumed office in August 2002 and resigned on January 17th, 2003. The director's position will be filled by Dr. Heiner Bielefeldt from August 1st, 2003. In the meantime, Barbara Unmüßig, one of the two vice presidents of the governing board, is acting director on a volunteer basis.

While the deputy director, Frauke Seidensticker, had taken up her responsibilities in October 2001, it was not before mid-2002 that the Institute started recruiting more staff. Until then the deputy director was supported by an academic advisor and administrative staff on short-term contracts. By the end of 2002 the Institute had 5 full-time employees. A series of research projects were undertaken by younger academics who worked on a freelance basis with the Institute. In 2003 the final staffing goals of the institute, to be achieved at the end of 2005, will be reviewed with the financing ministries. – The Institute offers internships.

## 2. Aufbau des Instituts

---

### 2.1 Räumlichkeiten

Das Jahr 2002 war das entscheidende Jahr für den Aufbau des Instituts. Im März 2002 bezog das Institut seine neuen Räumlichkeiten in der Zimmerstrasse 26-27 in Berlin Mitte. Die Zimmerstrasse, deren beide Seiten bis 1989 durch die Mauer getrennt waren, liegt in der Nähe des früheren Checkpoint Charlie. Das Institut setzt mit der Wahl der geschichtsträchtige Umgebung ein Zeichen: Es möchte wesentlich dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen in Deutschland vorzubeugen und Menschenrechtsfragen verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Zudem ist der Standort günstig zu Schlüsseladressen für die Menschenrechtsarbeit gelegen: sei es zum Bundesministerium der Justiz, zum Auswärtigen Amt, zum Bundestag, aber auch zum Jüdischen Museum und der Topographie des Terrors, um einige zu nennen.

Die 480 qm großen Räume bieten einen Konferenzraum und eine Bibliothek, neben 12 Büroräumen, in denen bis zu 18 Arbeitsplätze eingerichtet werden können. Gegen Ende 2002 entschloss sich die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, den benachbarten Seitenflügel auf derselben Etage zu beziehen, was willkommene Aussichten auf Zusammenarbeit eröffnet.

### 2.2 Finanzen

Finanzielle Grundlage des Instituts sind die Beiträge der drei finanzierenden Ministerien, dem Bundesministerium der Justiz, bei dem die Federführung liegt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Deren Jahresbeiträge belaufen sich insgesamt auf 1.535.000 Mio. €.

---

### 2.3 Bibliothek und Dokumentation

Eine Spezialbibliothek und Dokumentation befindet sich im Aufbau. Die Präsenzbibliothek enthält Nachschlage- und Standardwerke, Zeitschriften und aktuelle Forschungsliteratur zum internationalen Menschenrechtsschutz und zur Situation der Menschenrechte im In- und Ausland. Die Dokumentation wird eine Volltext-Datenbank und Zugang zu elektronischen Quellen im Internet zur Verfügung stellen.

Im Frühjahr 2002 entwickelte Gesine Bottomley, Leiterin der Bibliothek des Wissenschaftskollegs in Berlin, ein vorläufiges Konzept des Bibliotheks- und Dokumentationsbereichs. Universitäts-Professor/innen und Institute, die zum Thema Menschenrechte arbeiten, wurden um Vorschläge zum Bestandsaufbau der Bibliothek gebeten.

Seit August 2002 ist Anne Sieberns, Diplom-Bibliothekarin, verantwortlich für Bibliothek und Dokumentation. Im Oktober 2002 besuchte sie einen zweiwöchigen „Human Rights Documentation Course“ im dänischen Menschenrechtszentrum. Zu den Mitgliedern des HURIDOCs Netzwerkes (Human Rights Information and Documentation System) wurden ebenso Kontakte aufgebaut wie zu Bibliothekar/innen und Dokumentar/innen aus entsprechenden Bibliotheken in Berlin.

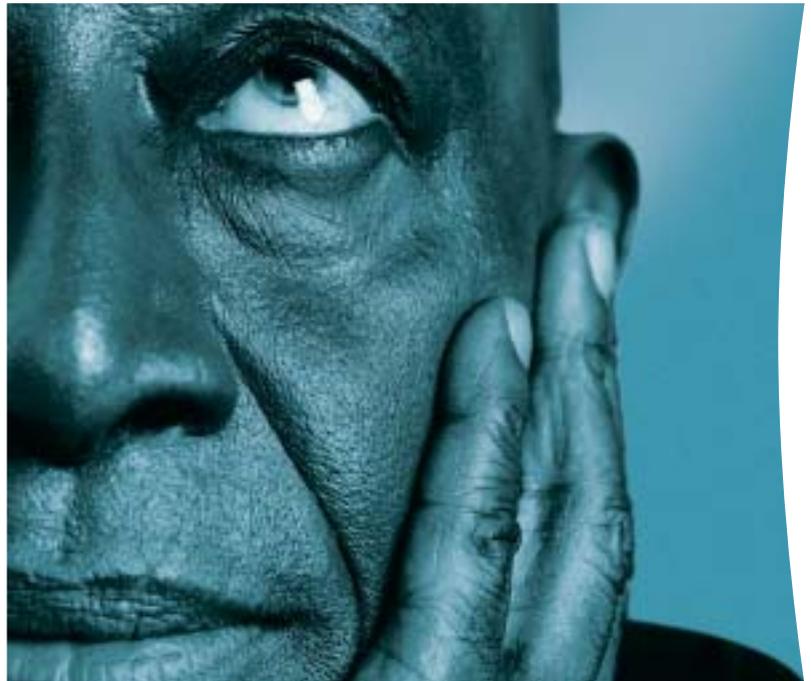
## 2. Building a Human Rights Institute

---

### 2.1 Premises

The year 2002 brought about major developments in the establishment of the Institute in Berlin. In March 2002, the Institute moved into its present premises on Zimmerstrasse 26/27, close to the former Checkpoint Charlie. This is a street whose two sides were separated by the wall before 1989. Choosing this historic site strongly signals the Institute's desire to play a role both in the prevention of human rights violations in Germany and the raising of awareness of human rights issues. In addition, the location is close not only to key addresses for human rights work, such as the Ministry of Foreign Affairs, the Ministry of Justice, the German Parliament but also to the Jewish museum and the permanent exhibition "Topography of Terror", just to name a few.

The 480 sqm of the premises provide space for a larger meeting room and a library, in addition to 12 offices with working places for up to 18 people. By the end of 2002 it was agreed that the German Society for the United Nations would move into the offices next door. This offers a welcome opportunity for co-operation.



---

### 2.2 Finance

The financial basis of the institute consists of the contributions of three federal ministries: Ministry of Justice, Ministry of Foreign Affairs and Ministry for Economic Co-operation and Development. Their annual contributions equal 1.535.000 mio €.

Bis Ende 2002 wurden circa 1.500 Monographien erworben. Die Bibliothek hat 36 Zeitschriften abonniert und Zugang zu diversen Datenbanken im Internet. Für die Entwicklung einer Aufstellungssystematik wurden Klassifikationen aus anderen Menschenrechts-Bibliotheken ausgewertet. Die Schlagworte – in Deutsch und Englisch – basieren auf dem „HURIDOCs Micro-Thesauri“. Es ist beabsichtigt, den Bibliothekskatalog und die Datenbank der Dokumentation internen ebenso wie externen Nutzern über das Internet zur Verfügung zu stellen.



---

## 2.4 Medien und Öffentlichkeitsarbeit

Das Institut hat sich 2002 wichtige Elemente seines öffentlichen Auftritts erarbeitet: Das Logo wurde in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt; darüber hinaus wurden einige grundlegende Entscheidungen zur ‚Corporate Identity‘ des Instituts getroffen, sowohl auf der visuellen wie auf der konzeptionellen Ebene. Diese Entscheidungen flossen ein in ein Konzept für Öffentlichkeitsarbeit, in dem die für das Institut wichtigen Interessengruppen definiert und Zielgruppen, Prioritäten und Kommunikationsziele geklärt wurden. Eine provisorische Website, die Aufgaben, Ziele und Projekte des Instituts vorstellt ([www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)), wurde eingerichtet.

Auf einer Pressekonferenz im Juni 2002 wurden das Programm des Instituts und der erste Direktor des Instituts, Percy MacLean, vorgestellt. Ein großer Empfang Ende Oktober 2002 in den Räumen des Instituts bot zudem Gelegenheit, Projekte und Angebote des Instituts einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

---

### 2.3 Library and documentation

A specialized library and documentation centre on human rights is in the process of being established. The library includes reference works, monographs, journals, and reports, all in accordance with contemporary research. The documentation centre will offer a full text database and access to electronic sources on the Internet.

Early in 2002, Gesine Bottomley, head of the library of the "Wissenschaftskolleg zu Berlin" (a prominent first-rank academic institution in Germany) developed a provisional concept of the documentation unit. University chairs and institutes involved with human rights topics were asked for suggestions concerning the development of the collection.

Since 1 August 2002 Anne Sieberns, a certified librarian, has taken charge of the library. In October 2002 she attended a two-week "Human Rights Documentation Course" at the Danish Centre for Human Rights. Contacts were established with members of the HURIDOCS (Human Rights Information and Documentation System) network and with librarians and documentalists of relevant libraries in Berlin.

By the end of 2002, around 1500 monographs were acquired. The library subscribes to 36 journals and to several databases on the Internet. With a view to establishing a shelf classification system, systems from various human rights libraries have been considered. Keywords - in German and English - are based on the HURIDOCS micro-thesauri. A library catalogue is being created according to the German cataloguing rules (RAK) and the HURIDOCS standards. Once established, the Institute aims to make the documentation centre catalogue and databases available to both internal users as well as external users via the Internet.

---

### 2.4 Media and Public Relations

In 2002, the Institute worked on key elements of its public image: A logo was developed with an agency; some basic decisions were made regarding the creation of a visual as well as conceptual identity of the Institute. This formed part of a concept for the public presentation of the institute, where the approach to key stakeholders and interest groups was clarified and first choices regarding target groups, priorities among them and objectives of communication were taken. A provisional website served as an important tool for communication which presented the Institute's intentions and projects ([www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)). A press conference presented the Institute's programme and its first director in June 2002. A large reception held at the end of October 2002 was an excellent opportunity to inform a larger public interested in human rights work about the Institute's projects and services offered in Germany.

## 3. Entwicklung eines Menschenrechtsprogramms

---



Die Statuten legen sechs Aufgaben des Instituts fest: Es soll

- einer interessierten Öffentlichkeit die Dienste einer Bibliothek und einer Dokumentation anbieten
- angewandte Forschung betreiben
- Politikberatung für Zielgruppen in der Regierung und der Zivilgesellschaft anbieten
- zur Menschenrechtsbildung in Deutschland beitragen
- mit wichtigen internationalen Partnern zusammenarbeiten und Netzwerke unterstützen
- eine Plattform zu Menschenrechtsthemen für Institutionen aus Regierung, Parlament und Zivilgesellschaft in Deutschland bieten.

Die meisten Vorhaben des Instituts decken mehrere dieser Aufgabenbereiche ab, so etwa das Projekt „Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte“. Das Thema wurde zunächst am 19. April 2002 mit der Konferenz „Menschenrechtliche Erfordernisse bei der Bekämpfung des Terrorismus“ aufgenommen, an der Vertreter/innen aus Regierung, Parlament, Wissenschaft und Zivilgesellschaft teilnahmen. Eine Dokumentation mit Berichten und Beiträgen zur Konferenz konnte schnell publiziert und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es schloss sich ein langfristiges Forschungsprojekt zum Thema „Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte“ an, aus dem 2003 eine eigenständige Publikation hervorgegangen ist. Zudem haben Institutsmitarbeiter/innen zum Thema verschiedentlich Beratungsleistungen erbracht und Vorträge übernommen.

---

### 3.1 Regionale und internationale Menschenrechtsverträge und –mechanismen

Das Institut möchte zur Verwirklichung regionaler und internationaler Menschenrechtsverträge und deren Bekanntmachung auf der nationalen und der regionalen/internationalen Ebene beitragen.

## 3. Building a Human Rights Programme

---

The statutes state 6 key objectives of the Institute: It is supposed

- to offer library services and documentation to the general public
- to undertake applied research
- to give political advice to governmental and non-governmental target groups
- to contribute to the field of human rights education in Germany
- to engage in international networking and co-operation
- to offer a platform for human rights issues to governmental institutions and civil society in Germany.

Most of the Institute's projects meet more than one of these objectives. This is illustrated by the project on counter-terrorism measures and human rights protection, which is one of the ongoing projects of the Institute. It started with a conference which offered a platform for discussion for selected invitees of academia, Parliament, Government and civil society, the results of which were published soon after the conference. It was continued by a long-term research project which should be published soon. In addition, the Institute was asked on several occasions to give political advice and presentations on the issue to Parliament and a Federal Ministry.

### 3.1 Regional and International Human Rights Treaties and Mechanisms

The institute wishes to contribute to the implementation and promotion both at the national and regional/international level.

#### Germany's reporting obligations towards the United Nations

Germany has accepted reporting obligations under all 6 major UN conventions. However, the general public, except for a small circle of experts, is underinformed on how this reporting takes place, what criticisms are exerted by UN bodies, and what the steps taken by the German Government in response to this criticism are. To explore these issues and prepare a publication, the Institute commissioned a study to political scientist Dr. Anja Mihr (University of Magdeburg). The result of this research and a number of interviews with officials at the Ministry of Foreign Affairs and the Ministry of Justice culminated in her study titled 'Germany's Reporting Obligations to the United Nations' and is envisaged to be published in the first semester of 2003.

#### Germany's reporting obligations towards four European human rights mechanisms

In addition, Dr Mihr was asked to examine four European mechanisms with different reporting obligations, i.e. the European Social Charter, the European Committee on Torture (CPT), the European Commission on Racism and Religious Intolerance (ECRI) and the Framework Convention on National Minorities. A publication is envisaged for the spring of 2003.

As a general approach to reporting obligations the Institute is interested in helping to set up a more systematic follow-up process during the long period between a treaty body's issuing of recommendations and the next round of Germany reporting to the mechanisms.

### Deutschlands Verpflichtungen zur Berichterstattung gegenüber den Vereinten Nationen

Deutschland berichtet an die Vertragsorgane (das sind Fachausschüsse, die aus unabhängigen Expert/innen zusammengesetzt sind) aller sechs Kernabkommen der Vereinten Nationen über die Umsetzung seiner völkerrechtlichen Menschenrechtsverpflichtungen. In der Öffentlichkeit ist jedoch wenig bekannt, wie diese Berichterstattung stattfindet, welche Kritik von den UN-Vertragsorganen formuliert wird, und wie die deutsche Regierung auf diese Kritik reagiert (mit Ausnahme einer kleinen Expertengruppe). Das Institut beauftragte die Politikwissenschaftlerin Dr. Anja Mihr (Universität Magdeburg) mit einer Studie zu diesen Fragestellungen. Auf der Grundlage von dokumentarischer Forschung und einer Anzahl von Interviews mit Beamten des Auswärtigen Amtes sowie des Bundesministeriums der Justiz entstand die Studie „Die deutsche Menschenrechtsberichterstattung gegenüber den Vereinten Nationen“, die im 1. Halbjahr 2003 veröffentlicht werden soll.

### Deutschlands Verpflichtungen gegenüber vier europäischen Menschenrechtsmechanismen

Dr. Mihr wurde darüber hinaus beauftragt, die Berichterstattung mit Blick auf die vier europäischen Menschenrechtsmechanismen von und zu Deutschland zu untersuchen, und zwar mit Blick auf die Europäische Sozialcharta, den Europäischen Ausschuss zu Folter, die Europäische Kommission gegen Rassismus und religiöse Intoleranz und das Rahmenübereinkommen zu nationalen Minderheiten. Auch hier ist die Publikation für das 1. Halbjahr 2003 vorgesehen.

Mit diesem Forschungsschwerpunkt und den entsprechenden Publikationen möchte das Institut dazu beitragen, dass zukünftig ein systematischerer Umsetzungs- und Beratungsprozess für die lange Periode zwischen Abgabe der Empfehlungen an Deutschland und dem nächsten deutschen Bericht an die Vertragsorgane aufgebaut wird.

### Das Europäische Menschenrechtssystem

Das Institut beauftragte den Juristen Bernward Ostrop, eine interne Studie zu den europäischen Menschenrechtsmechanismen zu erstellen. Sie gibt einen Überblick über die wichtigsten Menschenrechtsmechanismen innerhalb des Europarates, der EU und der OSZE. Zudem greift sie wichtige aktuelle Diskussionsthemen in den europäischen Menschenrechtsgremien auf. Dazu

kommen Vorschläge, welche Forschungsthemen das Institut in diesem Zusammenhang aufgreifen könnte.

### Rassismus und Diskriminierung

Das Institut vergab an den Politikwissenschaftler David Nii Addy den Auftrag, eine Studie zum Thema „Rassismus und Diskriminierung – Internationale Verpflichtungen und nationale Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit in Deutschland“ zu erstellen. Gegenstand der Untersuchung sind die relevanten menschenrechtlichen Standards, Instrumente und Mechanismen, die zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung auf der internationalen und europäischen Ebene entwickelt wurden. Die Studie soll einen Überblick über die Berichterstattung der Bundesrepublik Deutschland an internationale und europäische Organe und deren Kommentare zur Situation in Deutschland geben. Aufbauend auf die Empfehlungen der genannten Organe und auf best practice-Beispielen aus anderen Ländern wird der Autor Empfehlungen für eine umfassende nationale Antidiskriminierungsgesetzgebung formulieren. Dabei werden auch die jüngeren legislativen Entwicklungen zum Staatsangehörigkeitsrecht und zur Zuwanderung sowie die Anforderungen der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien berücksichtigt. Darüber hinaus macht der Autor neben den Empfehlungen an Parlament und Exekutive Vorschläge, wie die Zivilgesellschaft, Arbeitgeber/innen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche Einrichtungen und Medien den Kampf gegen Rassismus unterstützen können. Die Studie wurde im Juli 2003 veröffentlicht.

Darüber hinaus war das Thema Rassismus Schwerpunkt der sechsten Konferenz der Nationalen Menschenrechtsinstitutionen in Kopenhagen und Lund (10. bis 13. April 2002), die das Institut mitgetragen hat. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage, welche Rolle Nationale Menschenrechtsinstitutionen im Umsetzungsprozess der Ergebnisse der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und darauf bezogene Intoleranz, Durban, spielen können. Das Institut entschied sich darauf hin, eine aktive Rolle bei der Überwachung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands im Bereich Rassismus und Diskriminierung zu übernehmen. Neben der oben beschriebenen Studie unterstützt es auch die Entwicklung eines deutschen Nationalen Aktionsplanes, wie ihn das Abschlussdokument von Durban vorsieht. So nimmt das Institut an einer Arbeitsgruppe teil, die einen Nationalen Aktionsplan erarbeitet. Diese ist zusammengesetzt einerseits aus Ver-

### European Human Rights System

The manifold European human rights mechanisms are not easily understood. As an attempt to make them more accessible, the institute asked Bernward Ostrop to write an internal paper for the institute. It gave an overview on major trends on human rights within the Council of Europe, EU and OSCE. Furthermore, it identifies some specific lines of action for the institute, and makes suggestions in terms of whom to contact in order to implement those actions. Discussions on these recommendations still continue.

### Racism and Discrimination

The institute entrusted an external expert, David Nii Addy, with preparing a study on 'Racism and Discrimination – International Obligations and National Challenges for the Human Rights Movement in Germany'. The study is to cover relevant human rights standards, instruments and mechanisms against racial discrimination at the international and European level. It will give an overview about Germany's reporting to international and European bodies and those bodies' comments on the situation in Germany. Referring to these comments and best practice solutions from other countries as well as taking into account recent developments in the German legislation concerning migration and naturalization, the author will present recommendations for a comprehensive national legislation against racial discrimination. With a view to racism as a challenge for society as a whole, he will also propose actions to be taken by employers, trade unions, non-governmental organizations, civil society, science, and the media. The study will be published in spring 2003.

On another note, Racism has been the key subject of the 6th conference for National Human Rights Institutions (NHRI) in Copenhagen and Lund which was held in April 2002. This project was supported by the Institute. The main issue discussed at the conference was what role NHRI could play in the implementation process of the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance in Durban (WCAR). As a result, the German Institute decided to take an active role in monitoring the implementation of Germany's international obligations in the field of racism and racial discrimination and the evolution of a National Plan of Action as a follow-up of the WCAR. It contributes to the activities of a working group of NGOs and the Ministry of the Interior which is currently drafting an action plan against racism.

### International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights

Even though Germany has ratified the ICESCR, its constitution does not include ESC rights. As a result, the justiciability of ESC rights is an often controversial issue in German legal discussions; it is usually rejected. Obviously, this point is related to the degree of implementation of covenant rights in Germany. The institute commissioned a study to Jakob Schneider –



now with the Office of the High Commissioner for Human Rights – to analyse the issue of justiciability of ESC rights in Germany, and to look at consequences for better implementation in two areas: the right to health and the right to housing. Midway into his contract, a small expert seminar was held at the Institute which helped to obtain feedback on an interim version of his study. It is particularly the discussion on the right to housing and the right to health that is of significant importance for health care and other professionals working in public or private senior citizens' institutions. The final study is scheduled to be published in autumn/winter 2003.

In a separate effort, the Institute convened an international expert workshop, held at the end of January 2003. The aim of the workshop was to discuss possible contents of and procedures for an optional protocol to the ICESCR, a subject for which a working group will be appointed by the 58th CHR.

treter/innen von Nichtregierungsorganisationen und andererseits aus Vertreter/innen eines interministeriellen Teams.

### UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966

Deutschland hat den UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 (kurz: WSK-Rechte) ratifiziert, allerdings enthält das Grundgesetz keine entsprechenden Rechte. Es existiert jedoch ein allgemeines Sozialstaatsgebot. Daher ist die Frage der Rechtsgültigkeit oder Justiziabilität von WSK-Rechten häufig Gegenstand juristischer Kontroversen, so auch in Deutschland.

Das Institut beauftragte den Juristen Jakob Schneider – jetzt im Büro des Hochkommissars für Menschenrechte –, das Thema der Justiziabilität der WSK-Rechte zu untersuchen, auch am Beispiel des Rechtes auf Wohnen und des Rechtes auf Gesundheit.

In diesem Zusammenhang veranstaltete das Institut ein Expert/innen-Treffen, um über den ersten Zwischenbericht von Jakob Schneider zu diskutieren und Anregungen für die Weiterarbeit zu erhalten. Auf besonders großes Interesse stieß die Studie bei Institutionen, die über ihr Engagement in der Altenpflege mit praktischen Beispielen von Einschränkungen der Rechte auf Gesundheit und angemessenes Wohnen konfrontiert sind. Die Veröffentlichung der Endfassung ist für Herbst/Winter 2003 vorgesehen.

Darüber hinaus bereitete das Institut ein internationales Fachseminar vor, das Anfang 2003 hochrangige internationale Expert/innen zum Thema Einführung einer Individualbeschwerde für den WSK-Pakt von 1966 zusammengeführt hat.

### Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)

1999 wurde die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) durch die Annahme eines Zusatzprotokolls durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen gestärkt. Das Protokoll ermöglicht eine Individualbeschwerde und ein Untersuchungsverfahren. Das Institut entschied sich, Seminare für ein Fachpublikum durchzuführen mit dem Ziel, das Zusatzprotokoll und seine Mechanismen stärker bekannt zu machen. Gemeinsam mit dem „Bundesweiten Koordinierungskreis

gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK)“ veranstaltete es am 12./13. Dezember 2002 in Berlin eine Konferenz, auf der die Konvention sowie das Zusatzprotokoll der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, insbesondere Anwält/innen und Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen. Dabei ging es neben der Vorstellung der Konvention vor allem um die Erläuterung des Beschwerdeverfahrens sowie des Untersuchungsverfahrens.

### Seminar zu Vorbehalten zu Menschenrechtsabkommen

In Zusammenarbeit mit dem Raoul Wallenberg Institut in Lund führte das Institut im Dezember 2002 ein Seminar zu Vorbehalten zu Menschenrechtsabkommen durch. So stellten die Vertretungen aller UN-Menschenrechtsvertragsorgane ihre Sichtweise zu Vorbehalten zu den sechs Menschenrechtsabkommen dar. Eine Publikation ist für Ende 2003 vorgesehen, wiederum in Zusammenarbeit mit dem Raoul Wallenberg Institut.

## 3.2 Sicherheit, Frieden, Entwicklung und Menschenrechte

Das Institut möchte mit diesem Forschungsschwerpunkt die Friktionen und Synergien zwischen sicherheits- und friedenspolitischen Aktivitäten und Menschenrechtsarbeit stärker ins Blickfeld rücken.

### Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte

Das Institut nahm seine Arbeit kurz nach dem 11. September 2001 auf. Von diesem Zeitpunkt an wurden kontinuierlich Presse-Informationen und wissenschaftliche Beiträge zum internationalen Kampf gegen den Terrorismus gesammelt. Zudem nahmen Institutsmitarbeiter/innen an Expert/innen-Treffen teil und diskutierten dieses Thema regelmäßig mit Vertreter/innen der Regierung, des Parlaments, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Im April 2002 lud das Institut rund 40 Teilnehmer/innen aus den oben genannten vier Bereichen zu einem Fachgespräch zum Thema Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte ein. Im Mittelpunkt der Diskussion standen das Selbstverteidigungsrecht der Staaten und die mögliche Gefährdung der Menschenrechte durch Terrorismusbekämpfung. In begrenztem Maß wurden auch innenpolitische Entwicklungen besprochen.

### Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW)

In 1999, the United Nations Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women was strengthened by the adoption of an Optional Protocol (OP) through a United Nations General Assembly resolution. The OP establishes a complaint and inquiry procedure for the Convention. The German Institute for Human Rights wishes to promote this OP and its mechanisms and, as a result, it organized a conference in December 2002 in Berlin, in cooperation with KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.). The conference aimed at presenting the Convention and its OP to the general public interested in working with the Convention and the procedure for handing in complaints and instituting inquiries (particularly lawyers and NGO representatives).

### Seminar on Reservations

In cooperation with the Raoul Wallenberg Institute in Lund (SE) the Institute organized a seminar on reservations. A range of issues were looked at and representatives of all treaty bodies and other experts presented their view on reservations for all six major UN-treaties on human rights. A publication is envisaged for the end of 2003, also in cooperation with the Raoul Wallenberg Institute.

## 3.2 Security, Peace, Development and Human Rights

In order to highlight frictions and synergies that occur between security and peace activities and human rights, the Institute would like to promote research in this area.

### Counter-Terrorism Measures and Human Rights

The Institute formally started its work in the month following September 11, 2001. An early attempt was made to continuously collect information relating to the international fight against terrorism (press, internet research, attending expert meetings, discussion with experts from government, Parliament, academia and civil society). In April 2002, a closed expert meeting with 40 selected invitees was held in Berlin focusing on the right of self-defence of states and

dangers for human rights mainly stemming from international anti-terror measures. To a more limited extent domestic anti-terrorism measures were discussed. Subsequently, a publication was produced in German which is available at the Institute's website ([www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)).

In the following months, the Institute continued to collect information and compile a report looking at important developments in that field. It covers events



between October 2001 and January 2003 under the title "Human Rights and Terrorism. A Report". This publication is scheduled for the first semester 2003. Furthermore, the Institute undertook to translate the report "Human Rights after September 11" by the International Council on Human Rights Policy in Geneva into German. This publication is also scheduled for late spring 2003.

Dr. W. Heinz, responsible for general research, continues to follow international developments while domestic developments are being monitored by lawyer Petra Follmar who took up her work in the institute on January 1, 2003.

### Security, Peacekeeping and Human Rights

The Institute is closely following discussions on security issues, development aid and human rights in post-

Eine Dokumentation der Konferenz-Beiträge wurde in kurzer Zeit erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, unter anderem auch über die Website des Instituts ([www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)). Darüber hinaus erstellte das Institut eine Studie, die die wesentlichen Entwicklungen zwischen Herbst 2001 und Januar 2003 bewertet. Die Veröffentlichung unter dem Titel „Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte“ erschien im Juli 2003.

Zudem wird das Institut eine deutsche Übersetzung des Berichtes „Menschenrechte nach dem 11. September“ des International Council on Human Rights Policy, Genf, herausgeben.

Dr. Wolfgang Heinz, wissenschaftlicher Berater des Instituts, verfolgt seit 2002 die Entwicklungen mit Blick auf die internationale Ebene, die innenpolitische Entwicklung wird seit Januar 2003 durch die Juristin Petra Follmar beobachtet.

### Sicherheit, *peacekeeping* und Menschenrechte

Das Institut beobachtet kontinuierlich Diskussionen um Sicherheitsfragen, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte in Konflikt-Gebieten. Unter anderem nehmen Institutsmitarbeiter/innen an Workshops über die Möglichkeit einer stärkeren Integration von Menschenrechten in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit teil. Die Workshops finden im Rahmen des Forschungs- und Beratungsvorhabens „Menschenrechtsansatz für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit“ statt, das das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt.

Ende 2002 wurde der Menschenrechtsexperte Pierre Robert mit einer Studie beauftragt, die sich mit dem Thema Menschenrechtsschutz im Rahmen von *Peacekeeping*-Operationen in Konflikt-Gebieten beschäftigt. Darüber hinaus wurden Institutsmitarbeiter/innen eingeladen, Menschenrechtsthemen bei Bildungsveranstaltungen der Bundeswehr zu präsentieren.

Schließlich führte das Institut am 6. Juni 2002 eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Menschliche Sicherheit“ mit Dr. Sonia Picado, Mitglied der Kommission für Menschliche Sicherheit, durch.

### 3.3 Strategien nationaler und internationaler Menschenrechtspolitik

Das Institut möchte zur internationalen und nationalen Diskussion über die strategischen Möglichkeiten zur Stärkung der Menschenrechtsarbeit beitragen, sei es durch die Verbesserung und Umsetzung bestehender Standards oder durch die Entwicklung neuer Instrumente.

#### Menschenrechtsdialog mit Ländern des Mittleren Ostens/der Islamischen Welt

Der Frage, wie der Dialog mit der arabischen und islamisch orientierten Welt nach dem 11. September vertieft werden kann, geht im Auftrag des Instituts die Islamwissenschaftlerin Dr. Anna Würth (Freie Universität Berlin, University of Richmond) nach. Die Studie soll in erster Linie einen qualitativen und quantitativen Überblick über Ratifikationen und Vorbehalte der wichtigsten UN-Menschenrechtsabkommen in der Region verschaffen und eine kritische Diskussion möglicher Modelle für Menschenrechtsdialoge vornehmen, indem sie Initiator/innen, Prozesse, nationale Zielwerte (benchmarks) und Beobachtungsmechanismen untersucht. Die Studie soll im Herbst 2003 publiziert werden.

Das Institut möchte mit dieser Studie die gegenwärtig intensiv geführte Debatte auf der Ebene der Außen- und Außenwirtschaftspolitik bereichern und Empfehlungen geben, mit welcher strategischen Ausrichtung zukünftig mit islamisch orientierten Ländern Menschenrechtspolitik betrieben werden sollte.

Die stellvertretende Direktorin des Instituts, Frauke Seidensticker, nahm zudem am ersten Treffen des neu etablierten Menschenrechtsdialogs EU/Iran im Dezember 2002 in Teheran teil.

#### Auswertung bestehender Menschenrechtsmechanismen

Das Institut lud im November 2002 zu einer Auswertung des sechsten Menschenrechtsberichtes der Bundesregierung ein (6. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen). Die Vertreter/innen verschiedener Ministerien und Nichtregierungsorganisationen diskutierten über einige Schlüsselbereiche des Berichtes, so etwa über die deutsche Haltung zu den Konflikten in Tschetschenien und im Nahen Osten, über Menschenrechtsstrategien mit

conflict areas. It contributes to a project which intends to develop proposals for the integration of a stronger human rights approach to the work of the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development. In late 2002, a study was commissioned to Pierre Robert (UK), who is assessing human rights components of peacekeeping operations in post conflict areas. Furthermore, Institute representatives were invited to present human rights issues to members of the German army, the Bundeswehr.

Finally, the Institute held a public meeting with selected guests on "human security" on June 6, 2002 with Dr. Sonia Picado, member of the commission on human security.

### 3.3 Strategies of National and International Human Rights Work

The Institute intends to contribute to the national and international discussion on strategic options to strengthen human rights work by improving and implementing existing standards and developing new instruments.

#### Human Rights Dialogue with Middle Eastern Countries/Islamic World

With a view to post-September 11, 2001 discussions on how to enhance dialogue with the Arab and Islamic world, Dr. Anna Würth (expert on Islam, Free University Berlin/University of Richmond) was commissioned to research the strategic questions involved in human rights policy vis-à-vis these countries. The main thrust of the study is the quantitative and qualitative overview of ratification/reservations of major UN covenants and conventions and a critical discussion of possible models for human rights dialogues, i.e. starting point, process/ benchmarks and monitoring.

The study will provide a more informed input into current debates at the foreign and economic cooperation policy level in Germany on how to approach this complex issue, made more difficult due to the impact of September 11, 2001 and other international developments. Additionally, Dr Heinz' background work on early 1990s human rights dialogue with China and Iran should help to obtain a fuller picture of issues involved. The study will be published in early summer 2003.

The Institute's deputy Director Frauke Seidensticker participated in the first meeting of the new EU/Iran dialogue in December 2002 in Teheran.

#### Evaluation of existing Mechanisms

The Institute convened a meeting with several ministerial officials and NGO representatives to evaluate the Federal Government's sixth report on human



rights policies pursued in its foreign relations and other areas of politics. Representatives of several ministries and NGOs discussed key areas of the report in great detail. Among these were the German approach to the conflicts in Chechnya and the Middle East, human rights strategies in relation with China, as well as the role of pursuing human rights policies through economic measures. Furthermore additional issues regarding internal affairs, the European Social Charta and the follow up of decisions of the European Court of Human Rights, and questions of harmonization of European asylum law were discussed at length. All participants generally agreed that the Institute should offer a related colloquium, possibly with a broader circle of participants, on all similar reports by the Federal Government of Germany.

Blick auf China und über die Chancen, Menschenrechtspolitiken über wirtschaftliche Maßnahmen durchzusetzen. Über die innerdeutschen Angelegenheiten mit Blick auf die Europäische Sozialcharta und die Umsetzung von Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes, aber auch mit Blick auf Fragen der Harmonisierung des Europäischen Asylrechts wurde ebenfalls breit diskutiert. Vergleichbare Veranstaltungen werden künftig zu allen folgenden Menschenrechtsberichten der Bundesregierung durchgeführt werden, allerdings für einen breiteren Teilnehmerkreis.

### Nationale Menschenrechtsinstitutionen als Instrument der Förderung der Menschenrechte

Nationale Menschenrechtsinstitutionen nach der Konzeption der Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen sind besonders geeignet, die Menschenrechte im eigenen Land zu fördern. Auch das Institut ist eine solche Institution. Es reiht sich damit in eine Reihe teilweise ähnlich, teilweise abweichend konstruierter Institutionen auf der ganzen Welt ein. Institutsvertretungen nahmen an dem internationalen Treffen der Menschenrechtsinstitutionen (erwähnt oben unter 3.1 zum Thema Rassismus) in Kopenhagen und dem entsprechenden europäischen Treffen in Dublin und Belfast im November 2002 teil. Themen des europäischen Treffens waren unter anderen Fragen des Flüchtlingsschutzes in Europa, wozu auch der frühere Direktor, Percy MacLean, eines der Schlüsselreferate hielt.

Darüber hinaus fanden in 2002 regelmäßig kleinere öffentliche Veranstaltungen mit Menschenrechtsexpert/innen zu Mechanismen und Menschenrechtsherausforderungen statt.

## 3.4 Menschenrechtsbildung

Menschenrechtsbildung ist entsprechend den Statuten des Instituts ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

Als einen ersten konkreten Beitrag zur Menschenrechtsbildung in Deutschland bot das Institut im Wintersemester 2002/2003 ein interdisziplinäres Colloquium zum Rahmenthema „Nationaler und internationaler Schutz der Menschenrechte“ an. Die Veranstaltung fand in der Zeit von Oktober 2002 bis Mitte Februar 2003 in den Räumlichkeiten des Instituts statt und richtete sich vor allem an Magistrand/innen, Diplomand/innen und Doktorand/innen der Studiengänge Politolo-

gie, Jura, Soziologie, Kulturwissenschaften, Philosophie und Pädagogik. Ein weiteres Colloquium ist geplant.

Als Grundlage für die Planung und Entwicklung von Angeboten im Bildungsbereich dient eine empirische Studie des Juristen Nils Rosemann. Sie ermittelte den Stand der Entwicklung der Menschenrechtsbildung im formellen und informellen Bildungssektor und analysierte die internationalen Vorgaben zur Menschenrechtsbildung (Vereinte Nationen, UNESCO, EU etc.). Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit in Deutschland noch am Anfang steht. Obwohl zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Initiativgruppen Menschenrechtsbildung in ihre Programme integrieren, finden sich im formellen Bildungssektor nur sehr wenige institutionalisierte Ansätze.

Diese Einschätzung deckt sich auch mit den Erfahrungen von Expert/innen, mit denen die Ergebnisse der Studie im Rahmen eines Fachgesprächs diskutiert wurden, um eine kontinuierliche und nachhaltige Zusammenarbeit und Unterstützung der Arbeit des Instituts in diesem Bereich sicher zu stellen.

Die Studie gibt darüber hinaus wichtige Hinweise für die strategische Planung des Instituts im Jahr 2003. So fordern die für die Studie Befragten, dass das Institut ein nationales Netzwerk der Menschenrechtsbildung gründen soll. Zudem wurde angeregt, dass das Institut eine Service-Stelle für Referent/innen und Materialien einrichtet. Vielfach wurde betont, dass die Entwicklung methodischer und didaktischer Ansätze der Menschenrechtsbildung für verschiedene Zielgruppen vorangetrieben werden sollte.

Darüber hinaus ist die Studie auch als Beitrag des Instituts zur Dekade der Menschenrechtsbildung der Vereinten Nationen (1995-2004) zu verstehen.

Barbara Unmüßig  
Frauke Seidensticker  
August 2003

### National Human Rights Institutions as Instruments for the Promotion of Human Rights

According to the conception of the Paris Principles of the United Nations, National Human Rights Institutions form excellent instruments for the promotion of human rights in their respective countries. The German Institute for Human Rights is such an institution. Representatives of the Institute participated in the international meeting of National Human Rights Institutions (Copenhagen) and in the European meeting in Dublin and Belfast in November 2002. One of the topics of this meeting was refugee protection at the European level. The former Director Percy MacLean held one of the keynote speeches on the issue.

Smaller public meetings with human rights experts and activists during the entire year allowed a continued discussion on human rights mechanisms and human rights challenges for the interested community.

The study has been discussed with experts to ensure a broad support from the main stakeholders for the ongoing co-operation between the relevant parties in the field of human rights education.

Thus, a number of strategic approaches to the field of human rights education have been outlined for the Institute. First and foremost, based upon recommendations expressed by survey participants, it was suggested that the Institute set up a network of human rights educators and act as a service centre for trainers and training material. In addition, it was stressed that there is the need to develop conceptual approaches for various target groups within the educational system was expressed. Above all, the study is to be understood as the Institute's contribution to the United Nations Decade on Human Rights Education (1995-2004).

Barbara Unmüßig  
Frauke Seidensticker  
August 2003

---

## 3.4 Human Rights Education

According to the statutes, human rights education should be one of the key tasks of the Institute.

The Institute's first contribution to human rights education in Germany was a multi-disciplinary colloquy under the heading "national and international protection mechanisms on human rights", held between October 2002 and February 2003 in the premises of the Institute. The Institute sought to involve students from various disciplines such as political science, law, sociology, humanities, philosophy and education. Another colloquy takes place during the summer term of 2003.

The Institute has compiled a basic study on contemporary human rights education in the formal and non-formal education sector in Germany. This study is based on empirical research as well as an analysis of the international principles of the United Nations, UNESCO, and the European Union etc. The study was commissioned to lawyer Nils Rosemann. The results have shown that activities in the field of human rights education in Germany are only slowly beginning to emerge. While some NGOs are already developing valuable information, material and projects in this field, only few institutionalized efforts to promote human rights education in the formal sector have been made.

## Jahresabschluss 2002

### Einnahmen

Zuwendungen 2002*	1.096.080,35 €
Vorgriff auf Zuwendungen 2003	3.449,13 €
<b>Summe</b>	<b>1.099.529,48 €</b>

### Ausgaben

Personalausgaben	197.305,18 €
sächliche Verwaltungsausgaben	399.878,74 €
Informations, Dokumentation, Bibliothek	130.571,34 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	105.233,08 €
Völkerrechtliche Verpflichtungen	125.478,70 €
Sicherheits- u. Friedenspolitik und Menschenrechte	34.089,74 €
Strategische Fragen	68.009,90 €
Menschenrechtsbildung	38.962,80 €
<b>Summe</b>	<b>1.099.529,48 €</b>

<b>Ergebnis 2002</b>	<b>0,00 €</b>
----------------------	---------------

\* Das Institut wird mit Bundesmitteln finanziert, dabei kommen 40% der Mittel vom Bundesministerium der Justiz und jeweils 30% vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit. Allen drei Ministerien sei an dieser Stelle herzlich für ihre Unterstützung gedankt.

## Anhang: Mitglieder des Kuratoriums am 31.12.2002

Name	Institution/Position
Friederike Bauer	Politische Redakteurin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, zuständig für UN-Angelegenheiten.
Rudolf Bindig	MdB, Sprecher für Menschenrechte u. humanitäre Hilfe der SPD-Fraktion
Hermann Gröhe	MdB, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU Bundestagsfraktion
Prof. Dr. Eckart Klein	Geschäftsführender Direktor des Menschenrechtszentrums der Universität Potsdam
Adolf Kloke-Lesch	Unterabteilungsleiter für Instrumente der staatlichen Zusammenarbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Anja Klug	Rechtsberaterin beim Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) Deutschland
Barbara Lochbihler	Generalsekretärin amnesty international, Deutsche Sektion
Werner Lottje	Leiter der Abteilung Politik und Kampagnen beim Diakonischen Werk, Stuttgart
Michael Maier-Borst	Referent für deutsches und europäisches Asylrecht im Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Gerd Poppe	Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
Prof. Dr. Eibe Riedel	Lehrstuhl für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Universität Mannheim
Dr. Hanna Beate Schöpp-Schilling	Sachverständige im Committee on the Elimination of Discrimination against Women CEDAW
Klaus Stoltenberg	Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen im Bundesministerium für Justiz
Reinhard Stuth	Staatsrat, Bevollmächtigter des Landes Hamburg beim Bund
Bruno Thiesbrummel	Referent für Menschenrechte der Friedrich-Naumann-Stiftung
Barbara Unmüßig	Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung

Deutsches Institut für Menschenrechte  
German Institute for Human Rights

Zimmerstrasse 26/27  
D-10969 Berlin

Phone: (+49) (0)30 – 259 359 0

Fax: (+49) (0)30 – 259 359 59

[info@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:info@institut-fuer-menschenrechte.de)